



**Ratsfraktion der FDP**  
**Rede zum Haushalt 2014 (Drucksache DS0108/13)**  
**Sitzung des Stadtrates am 09. Dezember 2013**  
**Hans-Jörg Schuster, Fraktionsvorsitzender**

Anrede

In der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt ist in den vergangenen Jahren erfolgreich an der Konsolidierung des Haushaltes der Stadt gearbeitet worden. Über Jahre hinweg haben wir konsequent unseren Schuldenberg abgebaut und das bei weitaus schlechteren Voraussetzungen als sie heute vorliegen. Eine sinkende Arbeitslosenquote, wachsende Steuereinnahmen und ein verbessertes Wirtschaftsklima wirken sich auch in Magdeburg aus. Unser Haushalt für das kommende Jahr ist ausgeglichen und dies bereits zum dritten Mal in Folge. Dafür gilt mein Dank meinen Kollegen im Stadtrat ebenso wie denen der Verwaltung – aber zuerst natürlich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Wir haben es geschafft, trotz und nicht wegen eines Finanzausgleichsgesetzes des Landes, das erfolgreiche Konsolidierungsbemühungen nicht belohnt, sondern bestraft und das in entscheidenden Teilen fehlerhaft ist.

Anrede

Friedrich der Große formulierte einst: „Die Finanzwirtschaft beruht auf der Pünktlichkeit der Einnahmen und auf Ordnung in den Ausgaben.“ – um beides haben wir uns einigermaßen erfolgreich bemüht, dürfen aber in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Freilich kann man über den Einsatz der Mittel trefflich streiten. Bei Friedrich dem Großen war die Besteuerung der Bürger aber wesentlich einfacher, weil das bundesdeutsche Steuer- und Abgabenrecht noch keine Gültigkeit hatte. Friedrich war übrigens auch der Auffassung, dass es ungerecht wäre, wenn man jemanden mehr als die Hälfte seiner Erträge abnehmen würde.

Thema Steuern. Mit der vom Stadtrat vor zwei Jahren beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer um 10 % kann sich die FDP-Ratsfraktion bis heute nicht anfreunden. Wir sehen das immer noch sehr kritisch. Wir können auch die allgemeine Argumentation, das sich ja kaum einer beschwert hat, nicht akzeptieren. Jeder Einwohner unserer Stadt war und ist von der Erhöhung betroffen. Nur die meisten haben es gar nicht bemerkt, weil es in den Betriebskosten untergegangen ist.

Mit 2,5 Millionen Euro belasten wir nun jährlich unsere Bürgerschaft und Unternehmen zusätzlich. Nun kommt der Gag: 2014 erhält Magdeburg 3 Millionen Euro weniger Zuweisung vom Land, weil die Steuereinnahmen in Halle geringer ausgefallen sind.

Bravo, wir belasten unsere Bürgerinnen und Bürger, damit es den Hallensern besser geht. Und nun müssen wir diese fehlenden drei Millionen Euro auch noch einsparen. Können wir das einfach so hinnehmen? Das Finanzgebaren des Landes ist paradox!

Anrede

Um unsere Einnahmesituation zu verbessern, sind weiter große Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiet vonnöten. Die bisherigen Erfolge in der Ansiedlungspolitik werden nicht ausreichen. Wollen wir unser heutiges Niveau halten und weiter konsolidieren, bleibt uns nur, die eigene Wirtschaftskraft spürbar zu stärken.

Mehr als ein Drittel des Haushaltes geben wir zwischenzeitlich für Sozialausgaben aus, fast 205 Mio €. Jede einzelne Bedarfsgemeinschaft, die wir auflösen können, hilft, diese Ausga-

ben zu senken. Bekommen wir jemanden wieder in Lohn und Brot, fallen nicht nur die Unterkunftskosten weg, wir generieren auch noch Lohnsteuern auf der Einnahmeseite.

Anrede

Häufig sind wir als Kommune Erfüllungsgelhilfe des Landes. Wir erhalten zum gesetzlichen Auftrag auch gleich noch das Geld dazu.

Ab nächstes Jahr werden die Kosten für die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ vollständig vom Bund getragen. Das Geld wird über das Land ausgereicht. Selbst wenn wir mal unterstelle, dass wir alle entstehenden Kosten in voller Höhe erstattet bekommen - was ich nur glaube, wenn mir das jemand vorrechnet - bleiben wir doch auf Kosten für die Vorfinanzierung - sprich Zinsen sitzen.

Meine Skepsis bezüglich der Landespolitik möchte ich auch am Beispiel des veränderten Kinderförderungsgesetzes festmachen.

Welche zusätzlichen Kosten auf die Kommune zukommen, ist heute noch ungewiss. Im Moment kann niemand sagen, wie viele Betreuungsstunden durch die Eltern tatsächlich in Anspruch genommen werden und wie sich das Nachrücken der wieder etwas geburtenstärkeren Jahrgänge auswirken wird. Das stufenweise Inkrafttreten des Gesetzes wird erst 2016 eine wirkliche Abrechnung mit dem Land möglich machen.

Ich glaube eh nicht daran, dass wir dann u.U. eine Nachzahlung für 2 ½ Jahre bekommen werden. Um Überblick über diesen nicht unerheblichen Kostenblock zu behalten, haben wir den ÄA Nr. 20 eingebracht. Wir möchten eine regelmäßige Berichterstattung zur Kostenentwicklung beim KiFöG. Erstmals zum 30.04.2014 und nicht 2013 wie fälschlicherweise im Antrag steht. Hier bitte ich um redaktionelle Änderung, Frau Vorsitzende.

Anrede

In Magdeburg gibt es wieder mehr Kinder als kluge Demographieexperten geplant hatten. Da ist es selbstverständlich, dass fehlende Bereuungsplätze geschaffen werden müssen. Im vorigen Jahr hat der Stadtrat den Bau von drei neuen Einrichtungen beschlossen und die Bauarbeiten laufen planmäßig. Das freut. Was uns nicht freut, ist der Umstand, dass der OB diese Einrichtungen unbedingt selbst betreiben will und dann auch noch im Kommunalen Gebäudemanagement ansiedelt. (Na immer noch besser als im Tiefbauamt.) Selbst wenn der Oberbürgermeister nicht müde wird zu betonen, dass dort dann natürlich die entsprechenden Fachkräfte arbeiten werden, bleibt es aus unserer Sicht zu hinterfragen, warum die Ressortierung nicht im Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit erfolgt. Noch unverständlicher ist für uns allerdings die Tatsache, dass die Kinderbetreuung nicht wie gewohnt an freie Träger vergeben wird. Die Vielfalt der Trägerlandschaft in Magdeburg hat sich bewährt und es gibt keinen plausiblen Grund, warum die Kommune nun wieder Personal für Leistungen vorhält, die in den vergangenen Jahren durch Dritte in sehr guter Qualität erfüllt wurden.

An dieser Stelle möchte ich auf unseren Änderungsantrag Nr. 19 eingehen.

Es wird in diesem Haushalt wieder einen Stellenaufwuchs geben. Das möchten wir begründet haben. Wir wissen, dass uns zusätzliche Aufgaben bei der Bewältigung des KiFöG erwachsen. Wir wissen auch, dass durch das Umswitchen von Stellen, die einen bestimmten Zeitraum befristet waren und nun wieder in Vollzeit laufen, ein Mehrbedarf entsteht. Aber ob das insgesamt 46 Stellen ausmacht wissen wir nicht.

Die Personalaufwendungen sind wie in jedem Jahr ein Posten, der schon wegen seines Umfangs, mehr als ein Fünftel der Gesamtaufwendungen des Haushaltes, auf den Prüfstand gehört. Dabei geht es uns nicht darum, den Bürgerservice einzuschränken. Ganz im Gegenteil.

Aber es muss gefragt werden dürfen, wie sich die Arbeit mit den neuen Medien bei der Bewältigung der Aufgaben niederschlägt.

E-Government, die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sollten helfen, Arbeitsabläufe zu optimieren. Was wiederum zur Einsparung von Arbeitskräften führen müsste. Die demografische Entwicklung macht auch vor den lt. Stellenplan 2 657

städtischen Beschäftigten nicht Halt. Es werden also in den kommenden Jahren viele ältere Mitarbeiter ausscheiden. Müssen dann alle Stellen neu besetzt werden?

Herr Platz, wir verkennen dabei nicht, dass seit 2002 eine Vielzahl von Maßnahmen wirksam umgesetzt wurde, um den Personalaufwuchs zu bremsen und Kosten zu sparen.

Mit unserem Änderungsantrag Nr. 17 bitten wir um eine Berichterstattung, die über die mittelfristige Personalentwicklung unter Berücksichtigung der genannten Kriterien informiert. Wenn der Stadtrat in die Prozesse der Personalentwicklung eingebunden ist, hat es meines Erachtens die Verwaltung auch wesentlich einfacher, den tatsächlichen Personalbedarf zu kommunizieren. Betrachten Sie deshalb den Änderungsantrag als Chance.

Anrede

In unserem Änderungsantrag Nr. 22 befassen wir uns mit der Optimierung der Organisationsstruktur im Tiefbauamt.

Mir ist natürlich bewusst, dass rein rechtlich die Organisationshoheit bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, liegt. Aber vielleicht machen Sie sich doch diesen Vorschlag auch zu eigen. Der Haushaltsausschuss hatte jedenfalls in der jüngsten Klausursitzung durchaus Synergien z.B. beim Zusammenlegen der drei im Betrieb befindlichen Bauhöfe gesehen. Neben der Einsparung von Flächen und Betriebskosten wäre auch eine Personaleinsparung auf den Bauhöfen zu erreichen. Es ist uns auch klar, dass das Tiefbauamt gern eine schnelle Eingreiftruppe für Extremsituationen, wie sie bei der Straßen- und Brückenunterhaltung immer mal vorkommen können, vorhält. Aber bei der Größe und Zusammensetzung dieses Personals sollte man auch prüfen, inwieweit die Möglichkeit gegeben ist, Aufträge an Dritte aus der Privatwirtschaft zu vergeben.

Gleiches, aber als Sponsoring, können wir uns vorstellen bei der Umsetzung unseres ÄA-Nr. 29. Hier schlagen wir vor, dass interessierten Unternehmen geeignete städtische Grünflächen zur kostenneutralen Fremdbewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden. Die Unternehmen können dann im Rahmen ihrer Eigenwerbung auf das Sponsoring angemessen hinweisen. Denkbar ist dies z.B. bei Gartenbau- und Freiflächenbetrieben. Es macht schon auf einen potentiellen Kunden Eindruck, wenn man sagen kann, schauen sie sich mal die Fläche XY an, die bewirtschaften wir kostenlos für die Stadt, Gestaltung und Bepflanzung zeugen von unserer Qualität.

Anrede

Kommen wir zu den Investitionen: Dieser Haushalt kann ausgeglichen dargestellt werden, weil wir erneut Investitionen zugunsten der Konsumtion verschoben haben.

2015 beginnt eine neue Förderperiode der EU. Wir müssen davon ausgehen, dass wir weniger Geld aus den unterschiedlichen Töpfen erhalten werden, Länder östlich von uns werden mehr Geld bekommen. In dem einen oder anderen Bereich werden wir vielleicht noch eine Sonderstellung einnehmen, aber das darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir durch weniger Geld von der EU auch weniger Fördermittel von Bund und Land erhalten werden. Wie dieses fiskalische Problem zukünftig gelöst werden kann, steht heute noch in den Sternen.

Jedenfalls kann es nicht weiter zu Lasten der Investitionen und Amortisation gehen, denn das würde nicht nur eine Verschlechterung der Substanz der Landeshauptstadt bedeuten, sondern auch Arbeitsplätze in der Wirtschaft, insbesondere im Handwerk und Gewerbe kosten. Wir würden uns in eine Abwärtsspirale begeben, die dann auch wieder zu fehlenden Steuereinnahmen führt.

Die jetzige Situation ist aus meiner Sicht alles andere als zufriedenstellend. Wir müssen in die Lage versetzt werden, wenigstens unsere Abschreibungen (2014 = 49 Mio €) wieder investieren zu können. Derzeit fließt das Geld in die Beseitigung der Hochwasserschäden und wird für Kitas und Schulsanierungen ausgegeben – wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Die regionale Wirtschaft partizipiert von diesen Maßnahmen – das ist gut aber zu wenig.

Wir beurteilen diesen Teil des Haushalts sehr kritisch.

Anrede

In der Stadtratssitzung am vergangenen Donnerstag hat Herr Bromberg angekündigt, dass die SPD-Fraktion beabsichtigt, in der heutigen HH-Beratung alle SPD-Anträge zurückzuziehen, die der Finanzausschuss in seiner Klausur nicht bestätigt hat. Das ist sehr löblich, wird aber unser gerade bekannt gewordenes Problem der fehlenden 3 Millionen Euro nicht lösen. Wir schlagen daher eine pauschale Minderausgabe in Höhe dieser Summe vor.

Damit würde einerseits der zu verabschiedende Haushalt rund bleiben und andererseits hätten wir noch die Möglichkeit, mit der Landesregierung über diese ungerechtfertigte Streichung zu verhandeln. Wenn wir nämlich das jetzt so devot hinnehmen und im schlechtesten Fall bei den Investitionen kürzen, wird niemand von Seiten der Landesregierung auch nur ansatzweise mit uns reden.

Mein Appell gilt den Magdeburger Landtagsabgeordneten, sich diesbezüglich für unsere, ihre Stadt einzusetzen.

Anrede

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für die stets konstruktive und kompetente Zusammenarbeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dezernates II mit Herrn Zimmermann an der Spitze bedanken. Auch bei den Beschäftigten in den anderen Dezernaten möchte ich mich für die geleistete Arbeit bedanken.

Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Bereichen, ob Vereinen, der Feuerwehr, der Patientenbetreuung oder im sozialen Umfeld. Diesen Menschen gilt mein aufrichtiger Dank, denn ohne dieses Engagement könnte eine Kommune wie Magdeburg kaum bestehen, wären wir farblos und gesichtslos, weil viele dieser Tätigkeiten nicht ausgeführt werden würden.

„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorher zu sagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein.“ Dieser kluge Satz stammt nicht von mir, sondern von Perikles, einem der bedeutendsten griechischen Staatsmänner des 5. vorchristlichen Jahrhunderts (490 – 429). Dem schließe ich mich an. Mit unserem Haushalt 2014 gehen wir weiter in die richtige Richtung. Aber vor uns liegt auch weiterhin die anspruchsvolle Aufgabe, verantwortungsbewusst und im Sinne der Bürger und mit ihnen Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Die FDP-Ratsfraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Allen, die mir zugehört haben, danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

**Es gilt das gesprochene Wort!**